

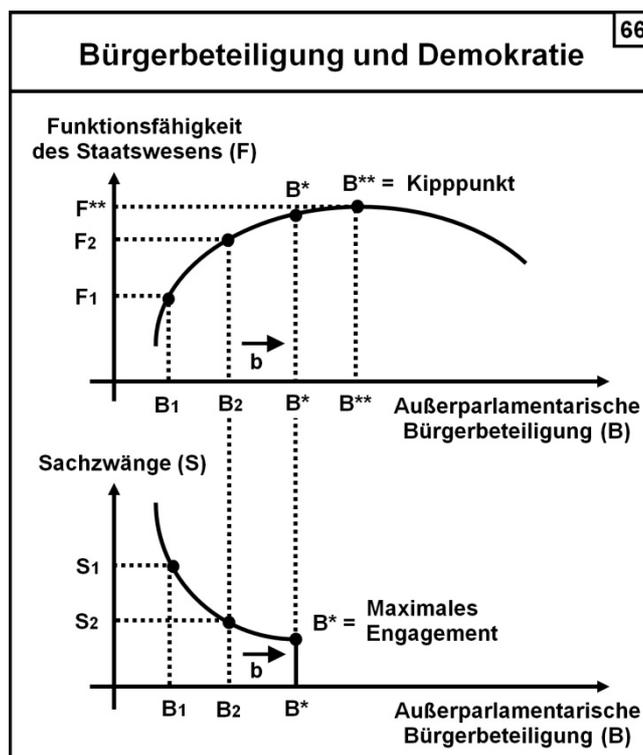
Vertrauen und Verantwortung Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse Teil III: Staatswesen Christoph Noebel

6.4 Außerparlamentarische Politikgestaltung

6.4.2 Bürgerbeteiligung und Demokratie

Um auf Grenzen des zivilgesellschaftlichen Einsatzes politischer Bürgerinitiativen in einer repräsentativen Demokratie einzugehen, erstellen wir für illustrative Zwecke ein einfaches Modell. Hinsichtlich der persönlichen, organisatorischen und staatlichen Sachzwänge politischer Bürgerinitiativen, stellt sich die Frage, wie viel politisches Engagement außerhalb der parlamentarischen Entscheidungsprozesse praktisch realisierbar ist. Die genannten Faktoren und Einschränkungen deuten daraufhin, dass im Gegensatz zu theoretischen Vorstellungen direkte Formen der Demokratie mit einem hohen Grad an Teilhabe, Mitsprache und Entscheidungskompetenz nur zum Teil erfüllbar sind.

Dieser Sachverhalt wirft eine zweite Frage auf: Existiert theoretisch ein Punkt, ab dem aktive Bürgerbeteiligung beginnt, parlamentarisches Regieren zu belasten? Ab wann leidet die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie unter einer zu hohen Partizipation der Bürger? Hier muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass gewaltbereite Demonstranten grundsätzlich ein Problem für den Staat und die Demokratie darstellen. Auch extremistische Parolen leisten keinen konstruktiven Beitrag zu politischen Diskursen. Daher bezieht sich der Begriff *außerparlamentarischer Bürgerbeteiligung* im Folgenden nur auf friedliche Proteste, Kampagnen und Bürgerinitiativen. Ihnen liegt zugrunde, dass sie nicht nur Missstände anprangern, sondern auch in einen konstruktiven Dialog mit Politik, öffentlichen Organen, Wissenschaftlern und Unternehmen treten.



Um das Verhältnis zwischen aktiver Bürgerbeteiligung und Demokratie zu verdeutlichen, verweist unser unorthodoxes Demokratiemodell einerseits auf praktische Grenzen außerparlamentarischer Bürgerbeteiligung, andererseits illustriert es grafisch, wie viel zivilgesellschaftliche Mitsprache die liberale Demokratie verträgt, ohne die Handlungsfähigkeit des Staats zu gefährden. Die untere Grafik des Diagramms 66 besagt, dass Handlungsbereitschaft in politischen Bürgerinitiativen (B) vom Ausmaß der jeweiligen Sachzwänge (S) abhängt. Je geringer die Hindernisse ausfallen, desto größer ist die Motivation der Aktivisten, über längere Zeiträume hinweg an politischen Kampagnen teilzunehmen. Grafisch dargestellt bedeuteten weniger Hindernisse persönlicher, organisatorischer oder systemischer Art von S1 zu S2, dass Bürgerbeteiligung von B1 auf B2 steigt.

Generell scheint die Bereitwilligkeit jüngerer Menschen und besonders der Studenten in Deutschland, sich aktiv in Bürgerinitiativen und Protestbewegungen zu beteiligen, relativ gering auszufallen. Womöglich liegt es an kulturellen Entwicklungen und den eigenständigen Perspektiven der Generation Y. Hier sei jedoch darauf hingewiesen, dass den heutigen Studenten auf Grund des Lehrkonzeptes an deutschen Universitäten und des entsprechenden Zeitmangels kaum der Handlungsspielraum für aktives Engagement zur Verfügung steht. Der exzessive Lehrstoff und permanente Prüfungsdruck schadet nicht nur der Bildung, sondern auch der studentischen Bereitschaft, sich für gesellschaftspolitische Anliegen einzusetzen und dafür *auf die Straße zu gehen*. Dennoch bieten die Gefahren des Klimawandels neuen Schub für außerparlamentarischen Bürgerprotest. Der zivile Ungehorsam vieler Schüler in der Umweltbewegung *Fridays for Future* belegt, dass sich die passive Haltung von Jugendlichen gewandelt hat. Die wachsende Teilnahme an Protestaktionen ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass außerparlamentarische Bürgerbeteiligung deutlichen Einschränkungen unterliegt. Auf Grund der praktischen Umstände wird somit im Diagramm 66 die *maximal mögliche Bereitschaft*, an außerparlamentarischen Initiativen teilzunehmen, am willkürlich gewählten Punkt B* dargestellt.

Bis jetzt sind wir der Frage nachgegangen, warum eine liberale Demokratie die aktive Bürgerbeteiligung benötigt und in welchem Maße sie in der Praxis zu realisieren ist. Nun beschäftigt uns eine gegensätzliche Thematik: Wie viel Bürgerbeteiligung verträgt der Staat in einer liberalen Demokratie, um funktionsfähig zu sein? Lässt sich das Konzept praktischer Einschränkungen nicht nur auf die Bürgerbeteiligung, sondern auch auf die Staatsform der liberalen Demokratie anwenden? Sollten politische Entscheidungen auf einer breiten Teilhabe der Bürger beruhen, ist zu erwarten, dass die Komplexität der Entscheidungsfindung zu Verzögerungen in politischen Abläufen führen wird. Die konsequente Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Bürgerinitiativen könnte den Staatsapparat lahmlegen und für politischen Stillstand sorgen.

Wir haben es also einerseits mit dem Ideal einer basisdemokratischeren Bürgerbeteiligung zu tun, andererseits stehen diesem Gedanken praktische Grenzen der politischen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit gegenüber. Dieser Konflikt lässt sich anhand der oberen Kurve im Diagramm 66 grafisch veranschaulichen. Sie geht zunächst von der Position aus, dass politische Bürgerbeteiligung einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer lebendigen Demokratie leistet. Dieser Aspekt wird mit dem *Gewinn* für die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staatswesens von F1 zu F2 illustriert, der sich aus einer höheren Bürgerbeteiligung von B1 zu B2 ergibt. Das Realitätsproblem entsteht erst dann, wenn zu viel der politischen Mitbestimmung die Leistungsfähigkeit des demokratischen Staates an *praktische Grenzen* stoßen lässt. In der Grafik wird der für die Demokratie optimale *Kipppunkt* außerparlamentarischer Bürgerbeteiligung aus illustrativen Zwecken mit B** dargestellt. Ab diesem theoretischen Grad politischer Teilnahme be-

ginnt die Funktionsfähigkeit des liberal-demokratischen Staatswesens zu leiden. Punkt B^{**} und der entsprechende *Schwellenwert* (F^{**}) verweisen daher auf Vorteile einer politisch aktiven Bürgerbeteiligung für die repräsentative Demokratie. Gleichzeitig illustrieren sie eine Markierung, an der dieser positive Effekt aus praktischen Gründen beginnt, ins Negative zu kippen und der Handlungsfähigkeit der Demokratie zu schaden.

In der grafischen Darstellung des Demokratiemodells fällt der angenommene Grad an Bürgerbeteiligung (B_2) willkürlich geringer aus als der maximal machbare Grad (B^*). Da dieser Wert unter dem Schwellenwert (B^{**}) liegen kann, entspricht er einem Szenario, in dem die Gestaltung des liberal-demokratischen Staates von einem höheren Grad an politischer Teilhabe profitieren könnte. Es gäbe also Spielraum (b), um politisches Engagement auszubauen. Hierzu müssten die Sachzwänge (S) und äußeren Bedingungen angepasst werden, damit Bürgerbeteiligung attraktiver gemacht wird. Das häufig beklagte Problem fehlender Teilhabe im Modell der repräsentativen Demokratie [K5.6] könnte somit verringert werden, wenn Politik und staatliche Institutionen eine breitere Bürgerbeteiligung befürworten und aktiv fördern würden. Besonders auf *lokaler Ebene* bieten sich viele Möglichkeiten an, Bürger enger in politische Entscheidungen einzubinden, ohne sie mit Nichtachtung und Schikane zu überfordern.

Hinsichtlich der Missstände im Staatswesen und der Wirtschaft lautet zusammenfassend der Aufruf an die Bürgerschaft nicht nur „Empört Euch!“, sondern vor allem „Regt Euch!“. An die Politik gewandt lautet er „Hört zu!“ und „Lasst zu!“. Forderungen an die Politik, außerparlamentarisches Engagement zu erleichtern und zu unterstützen, erscheinen aus demokratischer Sicht folgerichtig. Aus realistischer Perspektive ist jedoch anzuzweifeln, ob sich Politik und öffentliche Verwaltung tatsächlich eine wahrhaft kritische und rege Bürgerschaft wünschen. Hier stößt Idealismus auf Realismus. Trotz derartiger Zweifel ist der Gesellschaftsbereich politischer Teilhabe und friedlicher Proteste jedoch so wichtig, dass darüber öffentliche Debatten geführt werden müssen, die dem Spektrum des Sollens, Wollens und Könnens gerecht werden. Um den Diskussionen Sinn zu verleihen, muss die Jugend einbezogen werden, denn es sind in erster Linie sie, die in Zukunft Worte in Taten umzusetzen haben.